

Investitionsmöglichkeiten. Außerdem seien inzwischen die Infrastrukturbedingungen Shanghais verbessert und gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von Verarbeitungsindustrien geschaffen worden. Auch würde Shanghai Standortvorteile in bezug auf die wissenschaftliche und technologische Basis bieten. Nach Anpassung der Industrie- und Produktstrukturen Shanghais sei außerdem ein schneller Anstieg der Im- und Exporte von Rohstoffen, Ersatzteilen und Maschinen sowie von Endprodukten über Hongkong zu erwarten. (XNA, 1.9.91) -schü-

*(20)

Ausweitung der VW-Santana-Produktion geplant

Das deutsch-chinesische Joint Venture Shanghai-Volkswagen-Automotive Company Ltd. wird im Verlauf des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) Investitionen zur Produktionsausweitung in Höhe von 5 Mrd. Yuan (930 Mio.US\$) durchführen.

Nach einem Bericht der *China Daily* vom 10.9.91 wird das Joint Venture einen Anteil von 370 Mio.US\$ an den geplanten Investitionen übernehmen, während der restliche Anteil von Unternehmen kommen wird, die Fahrzeugteile für Santana produzieren.

Bis zum Jahr 1995 soll die jährliche Santana-Produktion von derzeit 30.000 auf 120.000 Kfz erhöht werden. Nach Angaben von Lu Jian, Manager von VWs Partnerunternehmen, der Shanghai Automotive Industry Corporation, ist die Erhöhung der Santana-Produktion Teil des gesamten Expansionsprogramms des Joint Ventures. So soll bereits ein integriertes Produktionssystem aufgebaut sein, das eine Fertigungsanlage mit einer Kapazität von 60.000 Kfz pro Jahr, einer Motorenfabrik mit einer Kapazität von 100.000 Motoren und mehr als 100 Zulieferunternehmen umfaßt.

Nach Lu Jian sei der Zeitpunkt zur Ausweitung der Santana-Produktion aufgrund der guten Absatzchancen gerade richtig. Allerdings werden sich in den nächsten Jahren die Wettbewerbsbedingungen für das Joint Venture verschärfen. So wird damit gerechnet, daß die übrigen Automobil-Joint Ventures bis 1994 ihre large-scale Produktion erreicht haben und mindestens 400.000 Kfz anbieten werden. -schü-

Binnenwirtschaft

*(21)

Zunehmende fiskalische Probleme

In einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur *Zhongguo Xinwen She* am 11.9.91 wies Wang Shaofei vom Institut für Finanzen, Handel und Warenwirtschaft, Akademie der Sozialwissenschaften, auf die krisenhafte Entwicklung der staatlichen Finanzen hin.

Als Gründe für die fiskalischen Probleme nannte Wang u.a. die negative Wirkung des zweigleisigen Finanzsystems, das ein Nebeneinander von außerbudgetären Einnahmen und Budgeteinnahmen ermöglichte und zu einem sinkenden Anteil der Budgeteinnahmen an den gesamten Finanzeinnahmen geführt habe. [Der Hintergrund der Argumentation Wang Shaofeis ist vor allem das Verhalten der lokalen Verwaltungseinheiten, die ihre außerbudgetären Einnahmen erhöhen, um die Steueraufteilung mit der übergeordneten Verwaltungsebene bzw. der Zentralregierung zu umgehen.]

Nach Wang tragen außerdem die hohen Subventionen zur krisenhaften Entwicklung der Staatsfinanzen bei. So sei der Anteil der Subventionen an den Staatseinnahmen kontinuierlich gestiegen. Im Jahre 1986 machte dieser an den Staatseinnahmen 27% aus und stieg bis 1989 auf rund 37%.

Die Einführung des finanziellen Verantwortungssystems habe weiterhin die gesamte Aufteilung der Finanzeinnahmen zugunsten der Unternehmen und lokalen Verwaltungen verändert und zu einem starken Rückgang der Finanzeinnahmen im Staatshaushalt geführt. [Hier sind es vor allem die langfristig fixen Steuerquoten, die staatliche Unternehmen abzuliefern haben, die unabhängig von einer Gewinnsteigerung sind, während die Unternehmen bei Verlusten ihre Steuerquote reduzieren.] Auch die uneinheitlichen Erhebungsmethoden trugen nach Wang zu dieser negativen Entwicklung bei.

Darüber hinaus sei die fiskalische Funktion der Zentralregierung durch die "Praxis der Erhebung von zusätzli-

chen Einnahmen", wie beispielsweise durch die willkürliche Erhebung von willkürlichen Gebühren und Geldstrafen geschwächt worden. Dies habe dazu geführt, daß die staatlichen Finanzeinnahmen aus Gebührenzahlungen zurückgegangen seien, während gleichzeitig immer mehr Mittel in private Hände oder an Einheiten geflossen wären.

Die interne Überschneidung von Finanzabteilungen und der ihnen angegliederten Organisationen sowie widersprüchliche Entscheidungsrechte führten nach Wang außerdem zu einer übergroßen Dezentralisierung von Machtbefugnissen und Finanzmitteln. Dies habe Verzerrungen bei der Aufteilung der Finanzeinnahmen und eine Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Steuerungsfähigkeit zur Folge gehabt. (SWB, 24.9.91)

Vor dem Hintergrund der sinkenden zentralstaatlichen Einnahmen gehen neuere Schätzungen über die Höhe des diesjährigen Budgetdefizits von einem Betrag von rund 20 Mrd. Yuan aus, weitaus mehr also als das für 1991 geplante Defizit von rund 13 Mrd. Yuan. Auch die durch die Flutkatastrophe verursachten zusätzlichen Staatsausgaben bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen werden als Grund für die Ausweitung des Budgetdefizits genannt. (SCMP, 19.9.91) So wird in den von der Überschwemmung am stärksten betroffenen Provinzen Jiangsu und Anhui beispielsweise mit einem Rückgang der Steuereinnahmen um 2,4% und 1,5% gerechnet. (XNA, 24.9.91)

Zwar stiegen bis Ende August die Steuereinnahmen um 7,3% gegenüber der Vorjahresperiode, doch konnte bis dahin erst 62,5% der geplanten Steuereinnahmen eingezogen werden. Dies sind 4% oder 10 Mrd. Yuan weniger als bis August des Vorjahres. (XNA, 24.9.91)

Wie in den vergangenen sechs Jahren wird auch in diesem Jahr eine landesweite Steuer-, Rechnungsführungs- und Preisinspektion von der Regierung durchgeführt werden, die bis zum Frühlingsfest dauern wird. Ziel dieser Kampagne ist die Überwachung der entsprechenden Bestimmungen und der Steuerzahlungen der staatlichen und kollektiven Unternehmen, Regierungsverwaltungen und sonstigen gesellschaftlichen Gruppen. Durch diese

Inspektion soll die Umgehung von Steuerzahlungen, illegale Zurückhaltung von Einnahmen etc. aufgedeckt werden. Pro Jahr werden durch die Inspektionskampagnen Steuereinnahmen von im Durchschnitt 8 Mrd. Yuan eingezogen. (XNA, 19.9.91; SWB, 11.9.91) -schü-

*(22)

Ernteaussichten

Nach Einschätzung von Chen Yaobang, stellvertretender Landwirtschaftsminister, sei in diesem Jahr nicht mit einem dramatischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu rechnen, obwohl durch die Überschwemmungen Kulturpflanzen auf einer Fläche von 4 Mio.ha fortgespült worden sein. (XNA, 13.9.91) Für das gesamte Jahr gab der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun auf einer vom Staatsrat durchgeführten Konferenz zur Landwirtschaft am 16.9.91 an, daß durch Naturkatastrophen in diesem Jahr insgesamt Kulturpflanzen auf einer Fläche von 5,33 Mio.ha zerstört wurden. (XNA, 17.9.91)

Ernteschätzungen zufolge wird der diesjährige Baumwolloutput ungefähr dem Niveau des Vorjahres von 4,47 Mio.t entsprechen. Dagegen wird mit einem Anstieg der Produktion zuckerhaltiger Pflanzen (Zuckerrohr, Zuckerrüben), Früchten und Seidenraupenkokons gerechnet. (XNA, 13.9.91)

Auch die Aussichten für die Getreidernte in diesem Jahr werden als durchaus positiv bewertet. Nach neuesten Schätzungen wird zwar der Getreideoutput deutlich unterhalb des Vorjahresergebnis von 435 Mio.t liegen, aber höher als die Getreideproduktion des Jahres 1989 von 408 Mio.t ausfallen. Insgesamt wird mit einem Rückgang des Getreideoutputs zwischen 20-25 Mio.t gerechnet. (XNA, 17., 28.9.91) Nach einem Bericht des Landwirtschaftsministers Liu Zhongyi soll durch die Überschwemmungen und die Trockenheit in den südlichen Provinzen die Herbsterte um 10 Mio.t, die Sommererte um 1,9 Mio.t und die Produktionsmenge für Frühreis um 5 Mio.t geringer sein. (XNA, 28.9.91)

Trotz des Ernterückgangs bei Getreide hat die Zentralregierung der von der Flutkatastrophe betroffenen Bevölke-

rung eine ausreichende Versorgung mit Getreide in Höhe von täglich 0,5 kg/Person zu staatlich subventionierten Tiefstpreisen zugesagt. (XNA, 15.9.91). Diese Versorgungsgarantie ist wohl auch auf die relativ hohen Lagerbestände zurückzuführen, die eine Folge der guten Ernteergebnisse der Vorjahre sind.

Vor dem Hintergrund der jährlich um 15 Mio. Einwohner wachsenden Bevölkerung Chinas nimmt die Versorgung mit Getreide als wichtiges Grundnahrungsmittel wirtschaftlich einen hohen Stellenwert ein. Der Höhe der Getreideproduktion wird in China auch eine besondere politische Bedeutung zugemessen, da die KPCh diese als Gradmesser für nationalen Wohlstand und Fähigkeit zur Selbstversorgung heranzieht. (ASWJ, 16.9.91) -schü-

*(23)

Wieder "Von Dazhai lernen"?

Am 16.9.91 wurde vom Staatsrat eine Arbeitskonferenz einiger Provinzen, Städte und autonomen Gebiete zur ländlichen Wirtschaft einberufen. Auf dieser Konferenz forderte der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun u.a., den Schwerpunkt bei der "Vertiefung der Landwirtschaftsreform" auf die Entwicklung des sozialisierten Dienstleistungssystems zu legen, das zweistufige Management mit der Kombination von Haushaltsbewirtschaftung und kollektiver Verwaltung zu verbessern und schrittweise die Kollektivwirtschaft zu stärken. (SWB, 18.9.91) Zeitgleich zu diesem Aufruf Tian Jiyuns erschien ein längerer Bericht über ein Interview mit dem Parteisekretär der ehemaligen landwirtschaftlichen Musterbrigade Dazhai.

Wie Yao Yuling, heutiger Parteisekretär von Dazhai (Chen Yonggui, ehemaliger Parteisekretär, der auch zum Vizepräsidenten ernannt worden war, starb 1986), in dem Interview betont, stehe Dazhai im Feldbau landesweit gegenüber vergleichbaren Dörfern immer noch an erster Stelle, bleibe jedoch in der Nebengewerbeproduktion hinter anderen Orten zurück. Dazhais Schlüssel zur modernen Landwirtschaft sei die Durchführung von Bewässerungsprojekten gewesen. So habe ein 7 km langer Bewässerungsgraben die Bewirtschaftung der 700 Mu Terras-

senfelder des Dorfes ermöglicht. In Dazhai wird zur Erinnerung an die Periode vor der Umwandlung der Berge in terrassierte Felder ein Stück Ödland beibehalten, das "Erziehungsfeld" genannt wird.

Betont wird in dem Bericht auch, daß Dazhai erst 1983 das Haushaltsquotensystem eingeführt habe, vergleichsweise später als im Landesdurchschnitt, und daß nicht das gesamte Kollektiveigentum privatisiert worden sei. Nach Gao sei es leichter, gemeinschaftliche Ziele durchzusetzen, wenn alle im Dorf gemeinsam reich werden würden. Durch den Bau eines kleinen Kohlekraftwerkes und einer Chemiefabrik ist dem Bericht zufolge das Pro-Kopf-Einkommen der Dorfbewohner von 180 Yuan im Jahre 1978 auf derzeit 700 Yuan gestiegen. In Dazhai sollen inzwischen alle männlichen Arbeitskräfte in den Dorfbetrieben arbeiten, während die weiblichen Arbeitskräfte die Verantwortung für den Feldbau übernommen haben. Der Wert des kollektiven festen Anlagevermögens soll inzwischen drei Mio. Yuan übersteigen. Dazhais Pläne für die Zukunft schließen nach Gao eine stärkere Mechanisierung ein, um gute Ernteergebnisse zu erreichen.

Nach Beginn der Öffnungspolitik soll dem Bericht zufolge die Zentralregierung Dazhai aufgefordert haben, "Erfahrungen zusammenzufassen und daraus zu lernen". Angeblich sollen heute pro Tag wieder fast 100 Besucher aus anderen Gebieten nach Dazhai kommen. Viele Berggebiete würden Fachkräfte nach Dazhai schicken, um von Dazhais Erfahrungen in der Entwicklung der Landwirtschaft zu lernen. (XNA, 18.9.91)

Die Fragen der Finanzierung der notwendigen Infrastrukturinvestitionen für Bewässerung und Straßenbau sowie der Aufbau der bei einzelwirtschaftlicher Produktion notwendigen Dienstleistungsgesellschaften für Technologie, Vermarktung, Transport etc. zählen zu den derzeit dringend zu lösenden Problemen der chinesischen Landwirtschaft. Vor diesem Hintergrund wird der Bericht über Dazhai verständlich, doch erinnert er auch stark an die kulturrevolutionäre Parole "In der Landwirtschaft von Dazhai lernen" [Nongye xue dazhai] und den damit verbundenen Versuch, ein einziges Entwicklungsmodell auf die gesamte Landwirtschaft Chinas zu übertragen. -schü-

*** (24)
Neuer "Baumwoll-Krieg" vermeidbar?**

Am 15.9.91 wurde von der "Baumwoll-Inspektionsgruppe" beim Staatsrat im Kreis Yutai eine Konferenz einberufen, auf der sich die ostchinesischen Provinzen Jiangsu, Henan, Anhui und Shandong auf Regeln zur Vermeidung eines weiteren "Baumwoll-Krieges" einigten.

In den letzten Jahren hatten regelmäßig Streitigkeiten um Baumwolle in den Grenzgebieten der Provinzen stattgefunden. Um diese in der Zukunft zu vermeiden, wurden folgende Regeln auf der Konferenz aufgestellt (SWB, 26.8.91):

1. Die von den vier Provinzen zur Förderung der Baumwollproduktion eingeführten Maßnahmen sollen im Produktionsbereich Anwendung finden und nicht beim Einkauf von Baumwolle durch beispielsweise Bereitstellung von Sachgütern oder durch Preisvergünstigungen. Maßnahmen der Vorzugsbehandlung, die kurzfristig zur Sicherung der lokalen Interessen eingeführt werden, sind als Panikkäufe und als "Baumwoll-Krieg" zu bewerten und negativ zu sanktionieren.
2. Die betroffenen Grenzgebiete haben einheitlich und koordiniert zu handeln.
3. Illegale Geschäfte mit Baumwolle in den Grenzgebieten der Provinzen sind unter allen Umständen zu unterbinden.
4. Der Einkauf von Baumwolle ist stärker zu kontrollieren, und Maßnahmen sind zu ergreifen, damit lokale Baumwoll-Produzenten die Baumwolle nicht in andere Gebiete verkaufen und damit keine Baumwolle aus anderen Gebieten aufgekauft wird.
5. Die Einhaltung der Regeln ist unbedingt zu beachten. Diejenigen, die dagegen verstoßen, haben mit harten Sanktionen zu rechnen.

Zwar konnte die Baumwollproduktion im letzten Jahr auf 4,47 Mio.t bzw. um 18,1% gegenüber 1989 erhöht werden, doch fanden in den vorausgegangenen Jahren starke Ernteschwankungen statt, die zu lokalen Engpässen bei der industriellen Verarbeitung geführt hatten. -schü-

*** (25)
Weitere Erhöhung der Lagerbestände in der Industrie**

Die hohe Zuwachsrate des industriellen Bruttoproduktionswertes von 13,7% zwischen Januar bis August dieses Jahres (August: 14,6%) war jedoch nicht mit einer gleichzeitigen Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz verbunden. Nach wie vor produzieren eine Reihe von vor allem staatlichen Unternehmen lediglich für das Lager, da ihre Produkte nicht marktfähig sind. (ASWJ, 10.9.91) Einem Bericht der *China Daily* vom 1.9.91 zufolge erhöhten sich die Lagerbestände der Industrie bis Ende Mai auf 200 Mrd. Yuan.

Um die Lagerbestände abzustößen, wurden bereits im letzten Jahr zwei Verkaufsmessen durchgeführt, auf denen ein Umsatz von rund 60 Mio. Yuan realisiert wurde. In der Zeit vom 28.8.-1.9.91 wurde in Zhengzhou, Hauptstadt der Provinz Henan, eine landesweite Verkaufsmesse abgehalten, um Lagerbestände im Werte von 6 Mrd. Yuan zu verkaufen. Insgesamt jedoch sehen auch chinesische Experten die Notwendigkeit, die Verluste machenden Unternehmen zu schließen, um das Problem der steigenden Lagerbestände bzw. sinkenden wirtschaftlichen Effizienz tatsächlich lösen zu können. Allerdings sei wäre eine Schließung von Unternehmen und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitslosigkeit von sozialer Instabilität begleitet, die die Regierung vermeiden will.

Nach Einschätzung der *Jingji Ribao* ist das Problem der Lagerbestände auch auf Überkapazitäten in bestimmten Bereichen zurückzuführen. So seien in der Phase der überhitzten Wirtschaftsentwicklung aufgrund zu hoher Investitionen zu viele Unternehmen entstanden, die nunmehr wegen begrenzter Ressourcen um ihr Überleben kämpfen müßten. So würde beispielsweise die Industriebranche der Baumwoll-Spinnereien nur über ausreichende Rohstoffe verfügen, um maximal 30 Mio. Spindeln pro Jahr auslasten zu können. Die dadurch hergestellte Menge könnte auch ungefähr die Nachfrage befriedigen. Insgesamt jedoch verfügten die Baumwoll-Spinnereien inzwischen über eine Gesamtkapazität von 40 Mio. Spindeln. Dementsprechend müßten entweder ein Viertel der Spinnereien geschlossen oder ihre Kapazitäten zu einem Viertel nicht genutzt werden.

Ähnlich soll die Situation in der Industriebranche für Farb-Fernseheräte sein. So existierten landesweit bereits 167 Fertigungslinien mit einer jährlichen Produktionskapazität von 20 Mio. Farb-Fernseheräten. Andererseits könnten höchstens 10 Mio. Geräte pro Jahr verkauft werden. Vergleichbare Probleme beständen auch bei der Produktion von Kühlschränken, Waschmaschinen und anderen Haushaltsgeräten sowie Zigaretten. (CD, 1.9.91) -schü-

*** (26)
ZK-Konferenz zur Reform der staatlichen Unternehmen**

Das Zentralkomitee der KPCh führte vom 23. bis 27.9.91 in Beijing eine Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Situation der großen und mittleren staatlichen Industriebetriebe durch.

Nach Angaben der *Renmin Ribao* vom 28.9.91 stellte die Konferenz u.a. fest, daß die derzeit größten wirtschaftlichen Probleme Chinas wie niedrige wirtschaftliche Effizienz, rückläufige Staatseinnahmen und Ungleichgewichte zwischen wichtigen Wirtschaftsbereichen direkt auf die schlechten Ergebnisse einer Reihe von staatlichen Industrieunternehmen zurückgeführt werden könnten.

In ihrer Analyse der Situation der staatlichen Industriebetriebe kommt das ZK zu folgenden Ergebnissen: Die Gründe für die schlechte Leistung eines Teils der staatlichen Betriebe seien sowohl auf irrationale gesamtwirtschaftliche Strukturen und Überkapazitäten in der Produktion zurückzuführen, die wiederum durch zu hohe Investitionen in gleichen Produktionsbereichen bedingt wären und die verhinderten, daß die Unternehmen steigende Skalenerträge realisieren könnten. Auch müßte das Preissystem mit niedrigen Preisen für Energie und Rohstoffe noch verbessert werden; einigen rückständigen Unternehmen falle jedoch die Anpassung an Preiserhöhungen noch sehr schwer. Außerdem bestände eine egalitäre Verteilungspraxis unter dem Stichworten "Alle essen aus einem Topf" und "Eiserne Reisschüssel" größtenteils weiter, die zu einem zu hohen Personalstand und niedriger Arbeitsproduktivität führten. Darüber hinaus sei das Wachstumstempo der Einkommen der Beschäftigten wesent-

lich höher als die Zuwachsrate der industriellen Produktion; die schnellere Ausweitung der Löhne sei auch zu Lasten der Finanzmittel für die technologische Erneuerung der Unternehmen und Entwicklung neuer Produkte gegangen. Weiterhin sei bei den Verluste machenden Industrieunternehmen ein fehlendes Bewußtsein hinsichtlich der Bedeutung von Warenwirtschaft und Markt festzustellen.

Zur Belebung der staatlichen Industriebetriebe beschloß das ZK folgende zwölf Maßnahmen:

1. Erhöhung der Investitionen in den technologischen Wandel der Unternehmen.
2. Schrittweise Reduzierung des Umfangs der Imperativplanung (zhilingxing jihua) für diese Unternehmen.
3. Angemessene Anhebung der Abschreibungssätze.
4. Erhöhung der Unternehmensfonds zur Entwicklung neuer Produkte.
5. Weitere Ausweitung des Umlaufkapitals dieser Unternehmen.
6. Geeignete Anpassung der Zinssätze.
7. Einigen Unternehmen sollen Rechte zum Handel mit dem Ausland übertragen werden.
8. Weitere Durchsetzung des Systems der "zwei Garantien". [Der Staat garantiert die Produktionsbedingungen für das Unternehmen und das Unternehmen garantiert die Ablieferung von Produkten.]
9. Lösung des Problems der Verschuldungsketten (san jiao zhai - Dreiecksschulden).
10. Noch größere Anstrengungen bei der Organisation von großen Unternehmensgruppen.
11. Weiteres Vorgehen gegen die illegale Erhebung von Gebühren (san luan).
12. Schrittweise Reduzierung der Einkommenssteuer- bzw. Gewinnsteuersätze (suode shuili) für die staatlichen Unternehmen.

Ob diese Maßnahmen die vielfältigen Probleme der staatlichen Unternehmen lösen werden, bleibt abzuwarten. -schü-

*(27)

Erfolge der ländlichen Industrie

Die rund 18,2 Mio. ländlicher Industriebetriebe konnten im 1. Halbjahr 1991 eine Zuwachsrate von 23,7% ge-

genüber dem Vorjahreszeitraum und einen industriellen Outputwert in Höhe von 511,5 Mrd. Yuan erwirtschaften. Die Betriebe erzielten Gewinne in Höhe von 17,6 Mrd. Yuan, ein Zuwachs von 20,5% im Vergleich zum 1. Halbjahr 1990.

Insgesamt haben die ländlichen Industriebetriebe mit einem Produktionswert von rund 950 Mrd. Yuan im letzten Jahr 25% zum gesamten Bruttoproduktionswert beigetragen und stellten 58,5% des gesamten ländlichen Outputwertes (nongcun shehui zongchanzhi). Der Exportanteil der ländlichen Industrie am gesamten Export belief sich im letzten Jahr auf 22% bzw. auf rund 13 Mrd. US\$.

Im Jahr 1990 stellte die ländliche Industrie fast ein Drittel der gesamten Produktion von Kohle, Zement, Papier, Seidenprodukte sowie 60-80% der gesamten Bekleidung, der Garne und der landwirtschaftlichen Ausrüstungen.

Mit der Entwicklung der ländlichen Industrie stiegen auch die Pro-Kopf-Einkommen für die Bevölkerung, und zwar von 133 Yuan [aus kollektiver Verteilung betrug das Pro-Kopf-Einkommen der Bauern 74 Yuan] im Jahre 1978 auf 630 Yuan im Jahre 1990. Der Einkommensanteil aus Beschäftigung in ländlichen Betrieben machte im letzten Jahr rund 50% aus. (SWB, 25.9.91)

Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung der ländlichen Industrie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung rechnen chinesische Ökonomen damit, daß die ländliche Industrie in den nächsten zehn Jahren die Rolle der staatlichen Industrie übernehmen und rund die Hälfte des industriellen Bruttoproduktionswertes stellen wird. Dies sei auch aufgrund des schnellen Wachstumstempos der ländlichen Industrie in den letzten Jahren absehbar. So verdoppelte sich von 1978 bis 1990 der gesamte Produktionswert der ländlichen Industrie von 480 Mrd. Yuan auf 958 Mrd. Yuan. Während der Anteil der ländlichen Industrie am gesamten Brutto sozialprodukt 1978 noch 7,2% betrug, stieg dieser Anteil bis 1990 auf 25%. Weiterhin erhöhten sich die Steuereinnahmen des Staates aus der ländlichen Industrie in diesem Zeitraum von 2,2 Mrd. Yuan auf 39 Mrd. Yuan. (CD, 26.9.91) -schü-

*(28)

Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Fujian

Auch 1990 war für die Provinz Fujian dem Bericht des Staatlichen Statistikamtes zufolge ein wirtschaftlich durchaus erfolgreiches Jahr. Nach vorläufigen statistischen Angaben stieg das Brutto sozialprodukt mit einer Wachstumsrate von 6,3% (1989: 6,5%) auf rund 45 Mrd. Yuan (1989: 41,665 Mrd. Yuan), und das Nationaleinkommen erhöhte sich um 6,1% (1989: 9,0%) auf rund 38 Mrd. Yuan (1989: 35,983 Mrd. Yuan).

Auch der *landwirtschaftliche Sektor* entwickelte sich relativ gut. Allerdings stieg der Bruttoproduktionswert (BPW) der Landwirtschaft lediglich um 4,3% gegenüber 1989. Hierzu trug die relativ niedrige Zuwachsrate im Feldbau von 2,6% und die negative Wachstumsrate für Nebengewerbeproduktion von 0,2% bei. Die Outputwerte der Bereiche Forstwirtschaft, Vieh- und Fischzucht erhöhten sich dagegen um 9,2%, 7,2% und 7,1%.

Das Entwicklungstempo der ländlichen Wirtschaft, also einschließlich ländlicher Industrie, Bausektor, Transport, Handel und Dienstleistungen, war dagegen mit einer Zuwachsrate von 10,2% des gesamten ländlichen Outputwertes (nongcun shehui zongchanzhi) wesentlich schneller.

Die höchste Wachstumsrate erlebte der *industrielle Sektor* mit einer Steigerung des BPW um 12,5% gegenüber 1989. Aufgeteilt nach Eigentumsformen erzielte die staatliche Industrie einen Zuwachs von 1,2%, die kollektiven Industriebetriebe von 7%, die städtischen und ländlichen kooperativen und privaten Betriebe von 20,3%, die sino-ausländischen Joint Ventures und die Unternehmen in ausländischem Kapitalbesitz von 41,2%.

Die kritische Entwicklung der staatlichen Industrie spiegelt sich auch im Rückgang der Gewinne und Steuern um 22,8% gegenüber 1989 wider. Allein die Gewinne sanken um 39,3%, und die Umlaufgeschwindigkeit der festgesetzten Umlaufmittel erhöhte sich von 112 Tage auf 136 Tage. Weiterhin stiegen die Defizite der Verluste machenden Betriebe um das 2,07fache, und der Anteil der Verlustbetriebe betrug 27,6%.

Große Erfolge konnte die Provinz im Bereich des *Außenhandels* und in der Absorbierung *ausländischer Investitionen* erzielen. So stieg der Wert der Exporte 1990 um 34% auf 2,449 Mrd. US\$ gegenüber dem Vorjahr. Weiterhin wurden im letzten Jahr 1.043 Verträge über den Einsatz ausländischen Kapitals im Wert von 1,236 Mrd. US\$ abgeschlossen; ein Anstieg um 28,6%. Besonders erwähnenswert ist die Zunahme der Vertragsabschlüsse mit taiwanesischen Partnern, die 1990 einen Wert von 460 Mio. US\$ ausmachten und damit um 90,1% gegenüber dem Vorjahr zunahm. Insgesamt jedoch betrug der Wert der tatsächlich realisierten ausländischen Investitionen 380 Mio. US\$, also 2,9% weniger als 1989.

Lebensstandard: Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung Fujians hat sich auch auf die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung ausgewirkt. So erhöhte sich das Pro-Kopf-Einkommen der Städter 1990 um 12,2% auf 1.567 Yuan; das Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung stieg lediglich um 9,6% auf 764 Yuan. (SWB, 25.9.91)

Ausländische Investitionen: Nach Angaben des stellvertretenden Direktors der Provinzkommission für Handel und wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland, Chen Zuwu, beliefen sich die gesamten ausländischen Investitionen 1979 bis Januar 1991 auf mehr als 3,3 Mrd. US\$. Damit konnte die Provinz Fujian hinter der Provinz Guangdong die meisten ausländischen Investitionen absorbieren. (XNA, 23.5.91) Bis Ende 1990 wurden 3.751 Unternehmen mit ausländischem Kapital bzw. Kapitalanteilen genehmigt, 1.988 Unternehmen davon haben ihren Betrieb aufgenommen. Ihr Anteil am industriellen BPW der Provinz betrug 28% im letzten Jahr, und ihr Anteil am Export machte 36,5% aus. (XNA, 28.3.91)

Eine zentrale Rolle innerhalb der ausländischen Investitionen spielen die Investitionen aus Taiwan. *Fujian und Taiwan* verbindet nicht nur eine räumliche Nähe - 130 km² an der engsten Stelle -, sondern auch verwandtschaftliche Beziehungen als Folge verschiedener Emigrationsbewegungen der letzten Jahrhunderte nach Taiwan. In

den Küstenprovinzen von Fujian, die ein Drittel der Landfläche der Provinz umfassen, leben ca. 58% der Bevölkerung Fujians. Anfang der 80er Jahre wurden die Küstengebiete schrittweise für ausländische Investitionen geöffnet: Xiamen 1980/81, Fuzhou 1984 und die Wirtschaftsentwicklungszone Süd-Fujian mit inzwischen 33 Kreisen und Städten. Diese Gebiete bilden heute den Wachstumsmotor für die Entwicklung Fujians. (Schädler, M. (1991), Provinzporträts der VR China, S. 33; XNA, 8.12.90)

Das taiwanesisches Engagement in Fujian ist auch vor dem Hintergrund der sich verschlechternden inländischen Investitionsbedingungen, wie steigende Löhne und verschärfte Umweltauflagen, verständlich. Investitionen aus Taiwan stellen heute 38% der ausländischen Investitionen Fujians dar, der zweitgrößte Investor ist Hongkong mit 30%. (XNA, 23.5.91)

Auch der bilaterale Handel hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Allein 1990 stieg das Handelsvolumen um 42,8% gegenüber 1989 auf rund 200 Mio. US\$. (XNA, 23.5.91) Weiterhin verstärkten sich auch die Beziehungen zwischen Taiwan und Fujian im Tourismusbereich. Von den 210.000 ausländischen Touristen, die Fujian in den ersten vier Monaten dieses Jahres besuchten, kamen allein rund 80.000 aus Taiwan. (XNA, 11.6.91)

Die Provinzregierung Fujians ist auch an der weiteren Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan interessiert und kündigte bereits eine Fortsetzung der präferentiellen Behandlung taiwanesischer Investoren an. Bereits 1989 wurde in der Sonderwirtschaftszone Xiamen mit der Einrichtung von zwei taiwanesischen Entwicklungszonen begonnen: Haicong, geeignet für den Aufbau petrochemischer Unternehmen, und Xinglin, für die Ansiedlung von Unternehmen in den Bereichen Textil, Chemie und Baustoffe. (XNA, 3.5. u. 9.5.91)

Insbesondere das Gebiet in Süd-Fujian, das von den drei Städten Xiamen, Zhangzhou und Quanzhou eingeschlossen wird, hat in verstärktem Maße taiwanesisches Investoren angezogen. In Zhangzhou beispielsweise beträgt ihr Anteil 70%. In diesen Gebie-

ten, aber auch in Fuzhou, hat die Provinzregierung in den letzten Jahren versucht, die Investitionsbedingungen durch Ausbau der Infrastruktur deutlich zu verbessern. (XNA, 27.10.90, 18.5.91)

Sonderwirtschaftszone Xiamen: Auf Xiamen entfallen 50% der gesamten taiwanesischen Investitionen auf dem Festland. Die Wirtschaftsverflechtung zwischen Taiwan und Xiamen wird sich noch durch den Ausbau Xiamens zum Freihafen und direkte Luft- und Schiffsverbindungen verstärken. (XNA, 9.4. u. 5.8.91; SCMP, 8.7.91)

Xiamen hat sich jedoch auch bemüht, Anreize für andere ausländische Investoren zu bieten. So sind beispielsweise bis Ende März 1991 26 Projekte mit Investitionen in Höhe von 62,24 Mio. US\$ genehmigt worden, bei denen der japanische Investitionsanteil 50,63 Mio. US\$ ausmacht. In Xiamen sollen inzwischen bereits 20 japanische Unternehmensvertretungen bestehen. (XNA, 9.5.91)

Durch den Aufbau der neuen Entwicklungszone für High-Tech-Industrie, der 1990 begonnen wurde, sollen ausländische Partner für die Errichtung von exportorientierten Unternehmen der Mikroelektronik, der Informations- sowie Lasertechnologie und in den Bereichen Energieeinsparung neue Energieformen, biologische und Meerestechnologie angesiedelt werden. (XNA, 5.8.91)

Zu den Verbesserungen der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren zählt auch der Ausbau des Finanzsystems und die für dieses Jahr geplante Gründung einer Börse in Xiamen. Außerdem wurde in diesem Jahr in Xiamen eine neue Zweigstelle der Bank of East Asia eröffnet, die insbesondere Überseechinesen Anleihen für den Kauf von Immobilien in Xiamen ermöglichen und Anreize für ausländische Investoren schaffen soll. (XNA, 1.11.90)

Die Bedeutung der Unternehmen mit ausländischem Kapital für Xiamen spiegelt sich auch im Anteil von 51% am gesamten industriellen BPW der Sonderwirtschaftszone wider. Bis August 1991 stieg die Anzahl der arbeitenden ausländischen Unternehmen auf 635. (XNA, 5.8.91)

Provinzhauptstadt Fuzhou: Hinsichtlich der Absorbierung ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie hat die Provinzhauptstadt und die "offene Küstenstadt" Fuzhou besondere gute Erfolge aufzuweisen. Bis Anfang 1991 sollen hier bereits rund 400 ausländische Unternehmen errichtet worden sein. Ihr Anteil am industriellen BPW der Stadt betrug 1990 rund 34%. (XNA, 7.2.91)

Entwicklungsplanung der Provinzregierung: Auch für die Zukunft erwartet Fujian eine weitere schnelle Erhöhung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus. Für den Zeitraum des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) ist vorgesehen, das Brutto sozialprodukt um 50%, den industriellen BPW um 61% und den Außenhandel um 83% gegenüber 1990 zu steigern. Bis zum Ende des 10-Jahresprogramms (1991-2000) ist ein weiterer Anstieg von Brutto sozialprodukt, industriellem BPW und Außenhandel um 50%, 54% und 100% gegenüber der Vergleichsbasis 1995 geplant.

Die außenwirtschaftliche Öffnung soll weiter verstärkt werden. Besonderer Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung soll in den kommenden Jahren auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt werden. So ist der Bau von insgesamt zehn Schlüsselprojekten geplant. Hierzu zählen der Bau von Autobahnen, drei Eisenbahnstrecken, drei Flug- und drei Seehäfen. Weiterhin sollen zehn Projekte in den Bereichen Post- und Telekommunikation sowie zehn Projekte im Energie-, Rohstoff- und anderen Bereichen durchgeführt werden. Als besonderen Anreiz für ausländische Investoren hat die Provinzregierung außerdem zehn Inseln in Küstennähe sowie zehn landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe vorgesehen. (XNA, 12.9.91) -schü-

wendigkeit betont, den Schwefel ausstoß drastisch zu beschränken, um eine weitere Zunahme des sauren Regens zu verhindern. Mit der Zunahme des Kohleverbrauchs in den achtziger Jahren um 70 Prozent sei auch der Schwefeldioxid ausstoß entsprechend gestiegen. Das Guangdong-Guangxi-Becken, das Rote Becken von Sichuan und Teile der Provinz Guizhou bildeten zusammen bereits eine der drei weltgrößten Zonen sauren Regens neben Europa und Nordamerika. Eine zweite Zone sei in Ostchina im Bereich Xiamen-Fuzhou-Nanchang-Qingdao im Entstehen. Der saure Regen habe bereits zu Einbrüchen bei den Getreidernten und damit zu gewaltigen wirtschaftlichen Verlusten geführt.

Nummehr sollen die Industrieemissionen an Schwefeldioxid bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 reduziert werden. Der Ausstoß soll laut dem Fünfjahresprogramm 19 Millionen Tonnen (gemeint ist vermutlich: jährlich) nicht übersteigen. Als weiteres Ziel wird genannt, daß 74 Prozent aller Industrieabgase gereinigt werden sollen. Außerdem soll bis 1995 erreicht werden, daß Chinas Stadtbewohner ihren privaten Energiebedarf zu 50 Prozent aus Öl und Gas decken.

Um diese Ziele zu erreichen, soll eine Schwefeldioxidabgabe auf Industriekohle eingeführt werden, so daß die Industrie zur Anwendung bereits bekannter rauchgasreinigender Verfahren genötigt wird. Als weitere Maßnahmen wurde die Verwendung schwefelarmer Kohle sowie die verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Energiequellen genannt. (GMRB, 7.9.91, *Xinhua*, chines., 6.9.91, nach SWB, 9.9.91, XNA, 13.9.91, nach SWB, 21.9.91) -hws-

minister Qian Fu (Frederick Chien), der Generaldirektor der Zentralbank Xie Senzhong (Samuel Shieh) u.a. gehörten, besuchte er Costa Rica, Nicaragua und Honduras. In San José, der Hauptstadt von Costa Rica, hielt er am 22. August eine Rede vor dem 23. Kongreß der antikommunistischen Organisation "World League for Freedom and Democracy" und traf am Rande der Konferenz mit den Vizepräsidenten von sechs Staaten der Region zusammen.

Mittelamerika ist die letzte starke Bastion Taiwans im diplomatischen Kampf mit Beijing. Costa Rica, Nicaragua und Honduras wurden während des Besuchs von Li Yuancu jeweils 30 Mio. US\$ an Entwicklungshilfe von Taiwan zugesagt; des weiteren wurde eine taiwanesishe Investition von mehreren Millionen US-Dollar für eine Holzfabrik in Nicaragua, die 4.000 Arbeitsplätze schaffen soll, vereinbart.

Im Gesetzgebungsyuan (Parlament) warf die Oppositionspartei Minjindang dem Vizepräsidenten "Gelddiplomatie" vor. Li Yuancu verteidigte sich mit dem Argument, daß Taiwan die internationale Verpflichtung und Verantwortung habe, die Entwicklung armer Freundschaftsstaaten zu fördern. Obendrein verwies er darauf, daß er bei seiner Reise die Unterstützung von sechs mittelamerikanischen Staaten für den Beitritt Taiwans in die Welthandelsorganisation GATT gewonnen habe. Es soll auch mit der "Central American Bank for Economic Integration" ein Vertrag über die Beteiligung am Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Mittelamerika unterzeichnet werden, zu dem Taipei 150 Mio. US\$ beitragen wird und somit auch einen Sitz im Vorstand der Bank erhält. (FCJ, 30.8. und 3.9.91)

Ursprünglich war vorgesehen, daß Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) die drei mittelamerikanischen Staaten besucht. Der Plan wurde offensichtlich verworfen, weil Tokyo, das keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhält, aus Rücksicht auf Beijing nicht bereit war, dem Präsidenten bei einer Zwischenstation in Japan eine entsprechend zuvorkommende Behandlung zukommen zu lassen. In der offiziellen Erklärung hieß es, Li Denghui habe wegen "Arbeitsbelastung" auf

*(29)

Kampf gegen sauren Regen

Premierminister Li Peng gab Einzelheiten zu einem ehrgeizigen Fünfjahresplan im Kampf gegen die Luftverschmutzung bekannt. Dabei geht es besonders um den besorgniserregenden sauren Regen. Zuvor hatte bereits Song Jian, Minister für Wissenschaft und Technologie, auf einer Sitzung des Komitees für Umweltschutz die Not-

Taiwan

*(30)

Vizepräsident Li Yuancu in Mittelamerika

Vom 18. bis 28. August hielt sich Vizepräsident Li Yuancu (Lee Yuan-zu) in Mittelamerika auf. Mit einer 72köpfigen Delegation, zu der auch Außen-